



SUDAN

Fachkonferenz: Frieden und humanitären Schutz zivil denken Zentrale Botschaften und politische Handlungsempfehlungen

Der Krieg im Sudan, der am 15. April 2023 begann, hat die weltweit größte humanitäre Katastrophe ausgelöst. Am 18. September 2025 veranstaltete ein breites Bündnis aus humanitären, entwicklungspolitischen und Menschenrechts-NGOs, politischen Stiftungen und Think-Tanks in Berlin die Konferenz „**Sudan – Frieden und humanitären Schutz zivil denken**“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen der Austausch mit sudanesischen Akteur*innen, die Initiativen und die Widerstandsfähigkeit der aktiven sudanesischen Zivilgesellschaft sowie deren Erwartungen an die internationale Gemeinschaft.

Rund 230 Personen nahmen an der Konferenz teil, darunter Vertreter*innen von Medien, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Auswärtigen Amtes (AA), Mitarbeitende des Deutschen Bundestages sowie Vertreter*innen von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Am Rande der Konferenz fanden außerdem bilaterale Treffen mit hochrangigen politischen Entscheidungstragenden sowie Abgeordneten des Deutschen Bundestages statt.

Im Vorfeld der Konferenz wurden zwei zivilgesellschaftliche Workshops in Nairobi (Kenia) durchgeführt, die darauf abzielten, die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu stärken, die sich gegen den Krieg aussprechen. Unter anderem erstellten die Akteur*innen eine Übersicht von mehr als 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen, gestalteten den zweiten Workshop, definierten ihre Advocacy-Botschaften und wählten zehn Personen aus, die die Gruppe bei der Konferenz in Berlin vertrat.

Die folgenden zentralen Botschaften basieren auf den inhaltlich tiefgehenden und offenen Diskussionen über Frieden, Schutz und humanitäre Hilfe im Sudan, die während der Konferenz geführt wurden.

Der Krieg hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Sudanesischen Kolleg*innen machten deutlich, dass sie mehr internationale Unterstützung – sowohl finanziell als auch diplomatisch – benötigen, um ihre humanitären und friedensfördernden Bemühungen aufrechtzuerhalten. Da die Konferenz in Deutschland stattfand, richteten die Teilnehmenden ihre Botschaften insbesondere an die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, einschließlich der Bundesregierung.

Zentrale Botschaften & politische Empfehlungen:

Alle Konfliktparteien müssen ihre Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sofort beenden. Die Konfliktparteien müssen das humanitäre Völkerrecht (HVR) einhalten und ungehinderten humanitären Zugang im gesamten Land sicherstellen sowie Zivilpersonen und zivile Infrastruktur schützen. Die EU und die Bundesregierung sollten sämtliche Instrumente der humanitären Diplomatie nutzen, um die Einhaltung des HVR einzufordern. Gleichzeitig sollten sie Druck auf Drittstaaten ausüben, jede Form von Unterstützung für Konfliktparteien zu unterlassen, die zu Verstößen gegen das HVR oder die Menschenrechte beitragen könnte.

Ein Waffenstillstand ist dringend notwendig – doch humanitäre Hilfe kann nicht warten. Lebensrettende humanitäre Hilfe muss sofort ausgeweitet werden. Humanitärer Zugang darf nicht an einen Waffenstillstand geknüpft werden und Verhandlungen über Zugang müssen getrennt von Waffenstillstandsgesprächen geführt werden, um eine weitere Politisierung der Hilfe zu vermeiden.

Humanitäre Diplomatie mit Fokus auf den Schutz der Zivilbevölkerung und ungehindertem Zugang muss durch verstärktes Engagement und die Priorisierung belagerter Gebiete Fortschritte erzielen. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der EU und der Bundesregierung, sollte ihr koordiniertes diplomatisches Engagement gegenüber den Konfliktparteien und ihren regionalen Unterstützern intensivieren, um humanitären Akteuren in allen Landesteilen Zugang zu verschaffen, unabhängig davon, wer dort die Kontrolle ausübt. Besonders dringend ist es, die Aufmerksamkeit auf belagerte Gebiete wie El Fasher (Nord-Darfur) und Städte in Südkordofan zu richten. Für die schätzungsweise 260.000 in El-Fasher eingeschlossenen Zivilist*innen, darunter 130.000 Kinder, läuft die Zeit davon. Die Konferenzteilnehmenden forderten humanitären Zugang und sichere Evakuierungsrouten für Zivilist*innen.

Eine dringende Erhöhung des Finanzierungsvolumens, mehrjährige Finanzierung, sowie flexible Mittel, die direkte und indirekte Kosten abdecken, sind unerlässlich, insbesondere für lokale Helfer*innen. Emergency Response Rooms, andere gemeindebasierte Hilfsgruppen und lokale Organisationen, insbesondere Frauenrechts- und von Frauen geführte Organisationen, leisten hochwirksame, dezentralisierte Hilfe, auch in für internationale Akteure unzugänglichen Gebieten. Die EU und deutsche Geber müssen auf ihre Forderung nach erhöhter, direkter und flexibler Finanzierung rea-

gieren. Sexualisierte Gewalt wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Die Finanzierung geschlechtsspezifischer Schutzmaßnahmen und Programme – insbesondere für Frauenrechts- und frauengeführte Organisationen – muss ausgebaut werden. Der Krieg zerstört eine ganze Generation. Über 14 Millionen Kinder benötigen dringend humanitäre Hilfe. Alle humanitären und friedensfördernden Maßnahmen sollten daher Kinder- und Jugendschutz, psychosoziale Betreuung und Bildungsangebote umfassen.

Dauerhafter Frieden muss von innen heraus entstehen, vollständig getrennt von Waffenstillstandsverhandlungen. Während bewaffnete Akteure entscheidend sind, um die Kampfhandlungen zu stoppen, muss der Prozess zur Erreichung eines dauerhaften Friedens von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getragen werden. Politische Entscheidungstragende sollten klar zwischen Waffenstillstandsverhandlungen und einem umfassenden Friedensprozess unterscheiden. Sudanes*innen müssen gemeinsam darüber entscheiden, wie die Ursachen des Krieges angegangen und eine zivile Regierungsführung etabliert werden können. Die sudanesishe Zivilgesellschaft bleibt eine treibende Kraft für Veränderung, benötigt jedoch sichere Räume, Vertrauen und Ressourcen von der EU und der Bundesregierung. Geber müssen Dialogprozesse zwischen politisch unabhängigen sudanesischen zivilgesellschaftlichen Gruppen innerhalb und außerhalb des Sudans aktiv unterstützen und finanzieren sowie die maßgebliche Beteiligung vielfältiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sicherstellen.

Frauen und junge Menschen sind das Rückgrat der Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften. Sie spielen zentrale Rollen bei der Aufrechterhaltung des Lebens und der Unterstützung von Kriegsbedrohten. Dennoch werden sie in Hilfsmaßnahmen und Friedensprozessen systematisch an den Rand gedrängt. Ohne ihre sichere, direkte und maßgebliche Beteiligung wird kein Frieden nachhaltig sein. Die EU und die Bundesregierung müssen daher die gleichberechtigte und aktive Teilnahme von Frauen und jungen Menschen in allen Phasen humanitärer Hilfsmaßnahmen sowie in allen Friedensprozessen und Verhandlungen sicherstellen.

Die hier dargestellten Kernbotschaften und politischen Empfehlungen basieren auf den Beiträgen und Diskussionen der Podiumsteilnehmenden und Konferenzgäste. Sie spiegeln nicht notwendigerweise die offiziellen Positionen aller veranstaltenden Organisationen wider.

